

## **Eine wertvolle Arbeit für viele Frauen**

Geschätzte Leserinnen, geschätzte Leser

Eines der ersten Traktanden, zu dem ich Stellung beziehen durfte, war die Petition «Bessere Arbeitsmarktchancen für Stellensuchende 50plus». Diese Petition wollte, dass sich der Kanton bei Anstellungen von Personen über 50 während einem bis zwei Jahren an den Arbeitgeberbeiträgen für die berufliche Vorsorge beteiligen soll. In unserem Kanton bestehen für Stellensuchende verschiedene gute Angebote wie z. B. Beratungen durch das RAV, verschiedene Kurse und Einarbeitungszuschüsse. Einig war sich der Landrat darüber, dass die BVG-Beiträge in der Gesamtsituation der Arbeitslosigkeit einen kleinen Aspekt darstellen, und die Aktivitäten vom Kanton zu unterstützen sind. Um dieses wichtige Anliegen der Stellensuchenden 50plus noch mehr zu betonen, beschlossen die Grüne/EVP mit zwei anderen Fraktionen, die Petition nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern an die Regierung zu überweisen. Diesem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt. Weiter hat der Landrat eine Kürzung des Leistungsauftrages der Beratungsstellen für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen von vier auf zwei Jahre abgelehnt. Diese Kürzung hat die Kommission bei der Vorberatung vor einigen Wochen mit einer knappen Mehrheit beschlossen. Der Leistungsauftrag sollte überarbeitet und der Verpflichtungskredit halbiert werden. Zwei Jahre für eine Überarbeitung sind jedoch zu kurz und wegen personeller Ressourcen problematisch. Die Regierung beantragte in ihrer Vorlage für vier Jahre einen Betrag von 895'000 Franken. Die Grüne/EVP und die SP reichten einen Antrag ein, welcher verlangte, auf diese Vorlage zurückzukehren. Mit 40 gegen 38 stimmte der Landrat beiden Anträgen zu. Die Gegner waren der Meinung, dass es nötig sei, das heutige Angebot zu überprüfen. Die Frauen könnten sich bei Problemen auch im Internet Hilfe holen. Für die Befürworter war klar, dass Frauen, die in Schwierigkeiten sind, neben dem Internet auch eine kompetente und persönliche Beratung brauchen. Die Grüne/EVP-Fraktion reichte am Ende der Diskussion einen weiteren Antrag ein, der verlangte, dass die Arbeit und der Leistungsauftrag in den nächsten vier Jahren analysiert werden. Dieser Antrag hat das Parlament ebenfalls überwiesen. Die beiden Beraterinnen in Liestal und Binningen führen übrigens auch Projekte in Schulen durch und bieten lehrreiche Angebote für Migrantinnen an. Eine wertvolle Arbeit, die viel Gutes bewirkt!